

Zur Aktualität des Ordoliberalismus
Ein Beitrag aus osteuropäischer Sicht

I. Ordnungsfragen im politischen Alltag

Mit Dankbarkeit ist im politischen Leben nicht zu rechnen, und Sentiments sind oft kurzlebig. Vielleicht sollte man von Regungen dieser Art besser wenig Aufhebens machen. Die Vergangenheit wird von Gegenwartsproblemen überschattet. Ein Teil der Bevölkerung verklärt die Vergangenheit zur "guten alten Zeit", ein anderer neigt dazu, das "Böse der Vergangenheit" zu dämonisieren. Das Erinnerungsvermögen der Menschen kann, wie wir wissen, zu ganz verschiedenen Resultaten führen. Die Nachkriegsdeutschen als neue Musterschüler der Realpolitik haben, scheint mir, ihre Undankbarkeit im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit hinreichend unter Beweis gestellt. Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands, der deutschen Nation, verlief in diesem Zeitraum unter Bedingungen, die vom Ausgang des Zweiten Weltkriegs bestimmt waren: der Teilung Deutschlands und der Entstehung zweier entgegengesetzter gesellschaftlicher Systeme auf deutschem Boden.

Im Westdeutschland ist Ende der vierziger Jahre die Entscheidung für die "Soziale Marktwirtschaft" und, davon nicht zu lösen, für eine abendländischen Traditionen verpflichtete Freiheits- und Rechtsordnung gefallen. Die geistigen Väter dieser Ordnung - allen voran Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack - sind heute in der Bundesrepublik bei vielen nahezu vergessen. Nur mühsam erfährt die junge Generation etwas von ihnen, schwerlich kann sie ihre Bedeutung für den Wiederaufbau im Innern und die Rückgewinnung des Ansehens im Ausland auch nur erahnen. Ihre Namen werden gerade noch am Rande grundsatzpolitischer Diskussionen, in Festschriften oder in Gelegenheitspublikationen erwähnt.

Wenn ich recht sehe, akzeptiert der überwiegende Teil der westdeutschen Bevölkerung die bestehende Ordnung als eine glatte Selbstverständlichkeit. Jedoch so selbstverständlich sie im nachhinein auch immer erscheinen mag, sie ist es nicht. Sie ist das Ergebnis theoretischer Einsichten und praktisch-politischer Entscheidungen von einigen wenigen, die - und das wird meines Erachtens völlig vergessen - unter schwierigsten Umständen Konzeptionen entwickelt und in die praktische Politik umgesetzt haben, welche bis heute die Grundlage bilden, auf der die Bundesrepublik ruht und welchen sie ihren Rang verdankt, den sie gegenwärtig unter den Staaten der Welt einnimmt: die Wirtschafts- und Sozialphilosophie des Neoliberalismus, vornehmlich seiner deutschen Spielart, des Ordoliberalismus.

Nahezu alles, was die Deutschen heute in der Welt auszeichnet, was sie interessant macht und was an ihnen zu beneiden ist, verdanken sie dieser Option. Sie wissen es nur nicht. Obgleich die wirtschaftliche Produktivität, Kreativität und Effizienz sowie die sozialen Errungenschaften der Bundesrepublik von radikalen Kritikern unterschiedlicher Provenienz andauernd bestritten oder gar verhöhnt werden, sind sie doch im Vergleich zu anderen, namentlich zu den Zuständen in sozialistischen Ländern, ein unerschöpfbarer Grund zum Staunen, ein unbestreitbares Faktum, ein begehrter Idealzustand. Dagegen wird man vielleicht einwenden, daß das gleiche Ziel vielleicht auch mit anderen als marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht worden wäre. Das mag zwar in der Theorie richtig sein, wird aber von der Praxis widerlegt. Wo eben das auf deutschem Boden versucht worden ist, in der DDR, ist ein Raubbau sondergleichen, der wirtschaftliche Ruin des Landes das Resultat. Er wird nur dadurch notdürftig verschleiert, daß die DDR - anders als etwa Polen und die Sowjetunion - am Tropf der Bundesrepublik hängt, nämlich Jahr für Jahr mit rund 12 Milliarden DM subventioniert wird.

Man hält dem am Markt orientierten Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zu recht vor, es verhindere nicht Arbeitslosigkeit und Überproduktion, Leistungsdruck und Pleiten, Inflation und Krisen. Von der bürokratischen Planwirtschaft ist alles das bis vor kurzem nicht berichtet worden. Sie sollte Vollbeschäftigung, gleichbleibendes Wachstum, stabile Preise, große Innovationsfähigkeit und hohe Arbeitsproduktivität garantieren. Was schon

lange für alle die, welche die Augen vor den Tatsachen nicht verschlossen haben, klargewesen ist, das wird neuerdings auch offiziell von den höchsten "Autoritäten" des Sozialismus offen zugegeben. Was dagegen früher verkündet worden war, ist plötzlich nicht mehr wahr. Tatsache sei vielmehr, daß das sozialistische Wirtschaftssystem unwiderruflich am Ende wäre, wenn es nicht schnell und grundlegend reformiert werde. Wie? Kurioserweise durch die Einführung und Sanktionierung aller jener Mittel und Mechanismen, die in der Marktwirtschaft Anwendung finden und angeblich unweigerlich zu jenen Mißständen führen, die als unmenschlich hingestellt worden sind. Es sieht demnach aus, als ob die Marktwirtschaft doch besser als der Ruf ist, der über sie verbreitet worden ist.

Wir sprachen eingangs von der im politischen Leben nicht zu erwartenden Dankbarkeit. Bedenklich aber wird es, wenn darüber auch in Vergessenheit gerät, wer die Väter und Mütter des Erfolges sind und was ihn überhaupt möglich gemacht hat. Die Besinnung auf die Grundwerte einer marktwirtschaftlich orientierten, auf eine von einem starken demokratischen Rechtsstaat geschützte, den europäischen Traditionen der jüdisch-christlichen Kultur verpflichtete Gesellschaft tut besonders in Krisenzeiten not. Die aber sind, wie inzwischen alle Welt weiß, in Osteuropa angebrochen. Worauf also gilt es, sich zu besinnen? Die Antwort darauf, die wir so bitter nötig hätten, wird uns leider von den Westeuropäern heute nicht gegeben. Sie hüten ihren Schatz und wissen nicht, was sie an ihm haben, weil er ihnen selbstverständlich vorkommt. Es

ist in der Tat unsere, Osteuropas Not, die uns heute dringlicher denn je fragen läßt, welches die Quellen sind, die den Erfolg Westeuropas ermöglicht haben. Die Kräfte zum Wiederaufbau sind im Jahre 1948, in der Zeit ihrer größten wirtschaftlichen Not, auch nicht gerade wie ein deus ex machina über die Westeuropäer gekommen. Und wie Kredite vergeudet werden können, davon können wir ein Lied singen. Es war ihre marktwirtschaftliche Option, die sie entgegen vielen Warnungen und Befürchtungen damals getroffen haben, welche ihren unglaublichen Wiederaufbau ermöglicht hat. Wofür haben sie sich damals, als sie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich am Boden lagen, entschieden? Was hat ihren Aufstieg ermöglicht?

II. Die Antworten des Ordoliberalismus

Die Selbstverständlichkeit, mit der bestimmte Werte der bürgerlichen Gesellschaft in Westeuropa tradiert und kultiviert werden, ist in nicht-bürgerlichen Gesellschaften, etwa in solchen wie den osteuropäischen, die keine bürgerlichen Traditionen haben, nicht ohne weiteres vorauszusetzen. Das eben gilt, wohl oder übel, für die meisten Völker Ost- und Südosteuropas. Der Nachholbedarf dieser Völker, ihr Bestreben also, vor allem an der technischen Kultur und dadurch an dem hohen Lebensstandard der bürgerlichen Gesellschaft teilzuhaben, ist ungeheuer groß. Seine Befriedigung setzt aber zugleich die Anerkennung von Werten und Prinzipien voraus, die den augenscheinlichen Erfolg dieser Gesellschaft präjudizieren, ihn überhaupt erst möglich gemacht haben. Was sind das für Normen und Orientierungen?

Wilhelm Röpke, der Autor der "Civitas humana", zählt dazu die folgenden: individuelle Anstrengung und Eigenverantwortung, im und durch Eigentum verankerte Unabhängigkeit, persönliches Wägen und Wagen, Rechnen und Sparen, selbstverantwortliche Lebensplanung und -führung, feste Einbettung in die Gemeinschaft, Familiensinn, Sinn für Überlieferungen und Verbundenheit der Generationen bei offenem Blick für die Gegenwart und Zukunft, Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft, feste moralische Bindung, Respekt und Unantastbarkeit des Geldes als notwendiges Medium, den Mut, "es mit dem Leben und seinen Unsicherheiten männlich auf eigene Faust aufzunehmen", den Sinn

für die natürliche Ordnung der Dinge und eine unerschütterliche Rangordnung der Werte (vgl. Röpke, 1966, S. 154f.). Röpke spricht ferner von Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Würde des Mitmenschen, von festen sittlichen Normen - alles das sind Eigenschaften, welche die Menschen mitbringen müssen, welche vorhanden sein müssen, welche dominant sein müssen, wenn der "Markt" funktionieren soll. Ohne das tut er es nämlich nicht. Umsonst ist wirtschaftliche Effizienz nicht zu haben. Sie hat ihren ethischen Preis. Über die Bedeutung der Konkurrenz für die Qualität von Waren und Dienstleistungen braucht man keine Worte zu verlieren. Sie versteht sich aber nur dort von selbst, wo es sie gibt. Der Wettbewerb gehört im Westen zu den Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialordnung, in den sich reformierenden Ländern des Sozialismus ist von ihm mehr und mehr die Rede. Die politischen Führungen selbst beschwören ihn, möchten ihn jetzt mit aller Macht wiederbeleben, nachdem sie ihn zunächst verteufelt haben. Konkurrenz ist neben Freiheit ein zentraler Begriff aller marktwirtschaftlichen und pluralistischen Konzeptionen. Sie ist für die Freiburger Schule ein "konstituierendes Prinzip" des gesellschaftlichen Lebens (vgl. Eucken, 1952, S. 254; Schäfer, 1976, S. 26). Die Unzulänglichkeit aller bisherigen Anstrengungen, echten Wettbewerb auf allen gesellschaftlichen relevanten Märkten, aber auch im gesellschaftspolitischen Leben zu sichern, spricht nicht gegen das Prinzip. Im Gegenteil, es macht seine Anerkennung zur Pflicht. Ihm durch die politische Schaffung von günstigen Rahmenbedin-

gungen eine Chance zu geben gehört zu den Grundforderungen des Ordoliberalismus. In den sozialistischen Ländern erweist es sich als notwendig, wenn auch als ungeheuer schwer, Konkurrenzmechanismen wiederzubeleben, nachdem man sie jahrzehntelang systematisch zerstört hat.

Man hat im Osten lange geglaubt, durch Erziehung zum Kollektivismus - die Natur des Menschen, also seinen Hang zum individuellen Eigentum, sein Bedürfnis nach Privatheit und seinen Rivalitätssinn völlig ignorierend - eine neuen Menschen und eine "entwickelte sozialistische Gesellschaft" verwirklichen und auf diese Weise den "Kapitalismus" überholen zu können. Diejenigen, die daran glaubten, haben aber völlig übersehen, daß der hohe Lebensstandard, um den der Osten den Westen beneidete, nicht von ungefähr entstanden ist, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen ökonomischen und politischen Entwicklung ist, die im Prinzip der Konkurrenz ihren Grund hat, ohne ihn nicht funktioniert. Einen solchen "Kapitalismus" hat es in Ost- und Südosteuropa eigentlich überhaupt nicht gegeben. Dort war stattdessen bis vor kurzem noch die adlige oder die bäuerliche Kultur vorherrschend. Dem Konkurrenzprinzip zum Sieg zu verhelfen, fällt dort auch aus historischen Gründen sehr schwer.

Ein meines Erachtens unzulänglich gewürdigter Verdienst der Ordoliberalen, vor allem W. Röpkes und A. Rüstows (1950; 1957), besteht darin, daß sie auf notwendige außerökonomische Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft aufmerksam gemacht haben. Sie haben die sozialen, kulturellen, psychologischen

und nicht zuletzt moralischen Bedingungen einer Gesellschaft freier Menschen umrissen. Insofern haben sie einen "dritten Weg" zwischen den Extremen des Kapitalismus und Kommunismus aufgezeigt. Die Ordoliberalen strebten eine gesellschaftliche Ordnung an, in der die Wirtschaftspolitik auf den Menschen zugeschnitten sein sollte und nicht umgekehrt. Die Marktwirtschaft ist nicht alles, schreibt Röpke. "Sie muß in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann" (Röpke, 1966, S. 23). Diese "höhere Gesamtordnung" sollte sich auf Freiheit gründen. Das aber setzt eine Gesellschaft voraus, in der bestimmte grundlegende Dinge, die genannten Werte und Prinzipien, respektiert werden. Sie geben - wie Röpke sagt - den sozialen Beziehungen Farbe, sie halten die Gesellschaft zusammen, sie machen sie reformfähig. Der von den Ordoliberalen so betonte Vorrang der Verantwortlichkeit des einzelnen für sein Tun und Lassen einerseits und ihre Skepsis gegenüber der staatlichen Bevormundung der Bürger andererseits, genau das ist es, was heute, immer noch etwas verschämt und wenig glaubhaft, die Reformer in Osteuropa preisen. Aber sie tun so, als ob das ihre Erfindung wäre.

Das auf gleichmäßige Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern zielende Gleichheitsideal - obwohl nie und nirgends verwirklicht - ist bereits von den ordoliberalen Denkern überzeugend kritisiert worden. Man kann sich nur wundern, wie stümperhaft und zögerlich diese Kritik heute geübt wird. Selbst in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus", so zum Beispiel in Po-

len, gehört es heute schon zum guten Ton, sich über die primitive Auffassung von den "gleichen Mägen" lustig zu machen; man spricht stattdessen von gesellschaftlicher "Chancengleichheit" oder - im politischen Bereich - von der Gleichheit der Rechte und Pflichten. Alles das ist seinerzeit von den Ordoliberalen weitaus klarer und präziser formuliert worden. Sie wandten sich gegen den Wohlfahrtsstaat, weil er zu einem "Instrument der sozialen Revolution" benutzt wird. "Alles in einen Topf, alles aus einem Topf" - das scheint, wie die Erfahrung lehrt, im sozialistischen Mängelstaat zu einem besonders weit auf die Spitze getriebenen Ideal gemacht worden zu sein (vgl. Röpke, 1966, S. 233 f.).

Sowohl im kapitalistischen Wohlfahrtsstaat wie auch im sozialistischen Mängelstaat wird die Sozialpolitik vielfach nach dem Prinzip finanziert: dem Hans zu nehmen, um es dem Heinrich zu geben (vgl. Röpke, 1966, S. 242). Röpke betont mit Recht (1966, S. 242 f.), daß der Staat keine "vierte Dimension" ist: "Eine Geldforderung an den Staat ist natürlich immer eine mittelbare Forderung an irgendeinen anderen, in dessen Steuern diese begehrte Summe enthalten ist". Es zeigt sich - trotz aller negativer Erfahrungen in Osteuropa -, daß der Glaube an die Finanzierbarkeit der sozialen Ausgaben durch den Staat unerschüttert ist und die Begehrlichkeit keineswegs schwindet, sondern eher noch wächst. Der freiwillige Verzicht auf Freiheit und Selbstverantwortung des Individuums und die Unterwerfung unter die anonyme Macht des Staates hängen - wie es scheint - mit einem der Schlüs-

selbstprobleme unserer Zeit zusammen: mit der unaufhaltsamen Zunahme der Vermassung.

Genau das, was die Ordoliberalen so beklagt haben, allen voran Wilhelm Röpke in seiner "Gesellschaftskrisis der Gegenwart" und in "Civitas humana", der Prozeß der Vermassung und Konzentration (vgl. Röpke, 1966, S. 21), ist mittlerweile zum Hauptcharakteristikum der sozialistischen Länder geworden. Es sieht nachgerade so aus, als ob der Sozialismus die negativen Seiten des Kapitalismus bei sich selbst ins Extrem getrieben hat. Durch "erzieherische Maßnahmen" zur Schaffung eines neuen Menschen, die im Grunde auf soziale Gleichmacherei, ideologische Indoktrination und politische Gleichschaltung hinausliefen und im Endeffekt alle der Errichtung einer monolithischen Gesellschaft Vorschub geleistet haben, ist der Sozialismus auf dem Weg in die Vermassung. Dort hat sich ereignet, was die Ordoliberalen von einem ungehemmten Kapitalismus befürchteten: zunehmende Proletarisierung, Uniformierung, Entpersönlichung der zwischenmenschlichen Beziehungen, Institutionalisierung und Bürokratisierung sowie, damit einhergehend, die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Vermassung ist somit zum unübersehbaren Merkmal des realen Sozialismus avanciert. Angesichts der sich abzeichnenden Tendenz zur Vermassung und Konzentration im Kapitalismus hatte der Ordoliberalismus eigenständige, originelle Vorstellungen hinsichtlich der Erneuerung oder Umgestaltung der bestehenden, fehlerhaften Wirtschafts- und Sozialordnung des Kapitalismus entwickelt. Um wieviel mehr hat eben sie der

Sozialismus nötig! Wenn die Gesellschaft von ihm überhaupt noch zu retten ist, dann nur durch die erprobten und bewährten Mittel, für welche die Vertreter des Ordoliberalismus ein Patent haben.

III. Die Brechung des Triple-Monopols

Der enge Zusammenhang, welcher zwischen einem effizienten Wirtschaftssystem und einem demokratischen Verfassungsstaat besteht, leuchtet vielleicht nicht jedem auf Anhieb ein. Für den Ordoliberalismus ist dieses Verhältnis ein zentrales Thema. Seine Begründer waren davon überzeugt, daß Wirtschaft und Staat von der gleichen Gefahr bedroht sind: von der erzwungenen Passivität der Bürger in ihrer Doppelfunktion als Produzenten und Konsumenten. Es ist insonderheit F. Böhm gewesen, der darauf aufmerksam gemacht hat, daß im 20. Jahrhundert die Tendenz besteht, die individuelle Freiheit aufgrund der wachsenden Konzentration und Bürokratisierung immer mehr einzuengen und auf diese Weise alles Erreichte infrage zu stellen. Es ist bekanntlich auch der Alptraum von Max Weber gewesen, daß die Entwicklung der Gesellschaft, wenn sie sich selbst überlassen wird, in einem "Gehäuse der Hörigkeit" enden werde, nicht dagegen in einem kommunistischen "Reich der Freiheit". Bei ihnen muß man daher Rat suchen, wenn man die Gefahr bannen und gegen die gesellschaftlichen Gegenkräfte mobilisieren will, nicht bei Marx und Lenin.

Die ordolibérale Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur ist, wie heute schwerlich zu bestreiten, kein bourgeoises Vorurteil, sondern eine Lebensfrage moderner Gesellschaften. Bei dem diese Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Zwang begleitenden ideologischen Kampf geht es um zwei ganz verschiede-

ne Wertsysteme. Das steht freilich im Widerspruch zu der weitverbreiteten, zustimmend aufgenommenen These vom "Ende des Zeitalters der Ideologien". Danach würden technische Sachzwänge mehr und mehr das politische Handeln bestimmen. Welche Rolle Werte und Verhaltensweisen auch heute spielen, das merkt man am besten bei einem Vergleich pluralistischer und monistischer Gesellschaftssysteme, besonders wenn man Gelegenheit gehabt hat, in beiden zu leben.

Die Abkehr von der Bevormundung der Bürger durch den Staat und die Hinwendung zur Wiederbelebung der Eigenverantwortung der Bürger, die wir in Osteuropa beobachten können, sind angetan, die Richtigkeit der entsprechenden Postulate des Ordoliberalismus zu bestätigen. Diese verdienen insofern unsere besondere Beachtung, als die Zustimmung zu ihnen gewiß nicht aus ideologischer Voreingenommenheit geschieht, sondern eigentlich einem ideologischen Frontwechsel gleichkommt. Obwohl natürlich schwer abzuschätzen ist, aus welchen Motiven dieses Umdenken in einigen Ländern in vollem Gange ist, ist die Entwicklung in Osteuropa, insgesamt gesehen, doch theoretisch aufschlußreich und von kaum abzuschätzender praktischer Konsequenz. Sie sollte deshalb auch in Westeuropa viel systematischer analysiert werden, als das bisher in der Regel der Fall ist. Jedenfalls scheinen in Osteuropa die Grenzen der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik erreicht und deren antimotivierender Charakter erkannt zu sein, zumindest in Polen; wenn auch noch nicht abzusehen ist, ob die eingeleiteten Reformen wirklich einem ideologischen Gesinnungs-

wandel entspringen oder aber von der Not erzwungen sind und demnächst wieder rückgängig gemacht werden. Die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung, die ungeheure Vergeudung von Arbeit, Kapital und Rohstoffen und die Angst vor dem Zurückbleiben, kurz, die Gefahr der Rückständigkeit ist der Motor des Umdenkens. Es ist also der Zwang der Verhältnisse, der zu späten, viel zu späten Einsichten führt.

Was sind das für Einsichten Die in Polen angekündigten Maßnahmen laufen erklärtermaßen alle darauf hinaus, den Bürgern mehr Selbständigkeit zu gewähren und ihre Eigeninitiative zu fördern. Dies gilt nicht nur für die neugeschaffenen Möglichkeiten zur Gründung privater Unternehmen; das wird vor allem von freigegründeten, selbstverwalteten gesellschaftlichen Organisationen erwartet, sobald sie wieder zugelassen sein werden. Wenn es dazu wirklich kommen sollte, dann sind das keine Schönheitsreparaturen mehr, dann ist das ein Qualitätssprung; dann haben wir es nicht mit einem Systemwandel, sondern mit einem Systemwechsel zu tun. Mit dieser Reform an "Haupt und Gliedern" wird über die Zukunft der sozialistischen Länder entschieden; nicht mehr und nicht weniger. Daran kann es keinen Zweifel geben. Was ansteht, ist nicht Geringeres als die Schleifung, somit die Dekonzentration und Dezentralisation politischer, ökonomischer und kultureller Machtbastionen. Vor allem in Polen und Ungarn, neuerdings wohl auch in der Sowjetunion, ist die Einsicht in die Notwendigkeit herangereift, daß das bestehende Triple-Monopol einer gesellschaftlichen Gruppe in den Bereichen der Politik, der Wirtschaft und der

Kultur aufgegeben werden muß, wenn die Gesellschaft nicht buchstäblich zugrunde gerichtet werden soll.

Die monopolistische Stellung einer Partei, die mittels der Staatsgewalt sämtliche relevanten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens reglementiert, sich einer echten demokratischen Kontrolle entzogen und sich dabei noch als "Wohltäter" der Bürger ausgegeben hat, hat die Entfremdung der Bürger systematisch gefördert. Sie ist seit jeher die eigentliche Zielscheibe der Regimekritiker gewesen - von Milovan Djilas angefangen. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß eine radikale Veränderung der bestehenden Besitzverhältnisse durch Verstaatlichung allen Privatbesitzes zwar die gesellschaftliche Pyramide nivellieren kann, aber notwendigerweise zum Aufstieg einer parasitären Bürokratie führt, aus deren Reihen sich eine Kaste von Vermögensverwaltern und -verteilern entwickelt, die, mit besonderen Privilegien ausgestattet, sich allmählich über die nivellierte Gesellschaft erhebt - also, mit George Orwell gesagt, gleicher als der Rest der nivellierten und entmündigten Gesellschaft ist. Nicht nur die Kritik der Dissidenten, sondern auch die Selbstaussagen der Machtinhaber bestätigen eindrucksvoll die frühen Warnungen des Ordoliberalismus.

Daß Röpke mit seiner These von der Gefährlichkeit und Ineffizienz der Zentralisierung von Entscheidungen in den wichtigsten Bereichen der Gesellschaft "den Nagel auf den Kopf getroffen" hat, wie man in Deutschland sagt, ist durch die voluntaristische und ruinöse Wirtschafts- und Sozialpolitik in Polen bis zum heutigen Tag unübersehbar bestätigt worden. Diese Politik zeichnete sich

dadurch aus, daß man glaubte, mit bürokratisch-zentralistischen Methoden am besten zu fahren und sich über fundamentale Gesetze der Ökonomie hinwegsetzen zu können. Erst nach dem IX. Außerordentlichen Parteitag der regierenden PVAP vom Juli 1981, die unter dem Druck der damaligen gesellschaftlichen Ereignisse zustandekam, ist es zu ersten Änderungen des bisherigen Kurses, also zur offiziellen Anerkennung und Berücksichtigung von Marktmechanismen, gekommen. Diese Einsicht kam ziemlich spät, und sie ist damals wie heute von ideologischen "Betonköpfen" und marxistischen "Prinzipienreitern" lauthals oder insgeheim als konterrevolutionär verschrien worden - von ihrem Standpunkt ist das nicht einmal falsch, sondern nur logisch; denn die Reformer greifen in der Tat - bewußt oder unbewußt - auf marktwirtschaftliches Gedankengut zurück, ohne doch ihr Ziel, die Einführung einer "sozialen Marktwirtschaft", offen zugeben zu wollen oder zu können.

Dieses "neue Denken" setzte in Polen, wie gesagt, bereits Anfang der achtziger Jahre ein. Damals hörte man in den Medien den viel zitierten Satz, daß die Wirtschaft gleichsam ein System kommunizierender Röhren sei, daß also nur soviel verteilt werden könne, wie produziert werde. Man kritisierte übertriebene Lohnforderungen und Subventionen wie überhaupt die fordernde Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Staat. Man diskutierte sogar, ob er seine Fürsorge nicht übertreibe. Auch hat man - außer im Bereich der Grundnahrungsmittel - das System der stabilen Preise - eines der Fundamente des tradierten Sozialismusverständ-

nisses - weitgehend aufgegeben und erwägt heute die Schließung unrentabler Unternehmen. All das heißt nichts anderes, als daß man gewillt ist, Inflation und Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Diese Wendung macht deutlich, daß die Gesetze der Ökonomie zumindest nicht dauerhaft gebrochen werden können, wenn ein reiches Land nicht gänzlich ruiniert werden soll; es sei denn, man lebt von fremden Krediten oder gehört indirekt zum westeuropäischen Markt. Nur dann kann man sich, so scheint es, den "Sozialismus" ein bißchen länger leisten. Es sieht gegenwärtig so aus, als ob sich die Tendenz zur Liberalisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft in Polen in jüngster Zeit noch verstärkt hat. Wenn sich aber gleichzeitig nicht auch der Freiheitsspielraum im politischen Leben vergrößert, dann ist der Reformkurs in den Ländern Osteuropas zum Scheitern verurteilt. Was aber hat es gekostet, bis man sich zu dieser ur-ordoliberalen Einsicht durchgerungen hat!

IV. Die Notwendigkeit des Pluralismus

Eine Voraussetzung zur Überwindung des Monopolsozialismus und zur Schaffung eines gesellschaftlichen Pluralismus ist die Anerkennung des Prinzips der Einheit in Vielfalt. Dieses Prinzip liegt, wie mir scheint, der Theorie des Pluralismus zugrunde, welche ein herausragendes Charakteristikum des Ordoliberalismus ist. Die Legitimität heterogener Interessen und Ziele, welche die gesellschaftlichen Gruppen und Schichten haben, ist in sozialistischen Staaten bis zum Ende der siebziger Jahre rundweg bestritten worden. Der Pluralismus als Alternative zum Konzept des Klassenstaates und der Klassendiktatur geht davon aus, daß eine Gesellschaft, in der über das *bonum commune* im Wettbewerb divergierender Meinungen gestritten und entschieden wird, effizientere Leistungen hervorbringt als eine solche, in welcher das Vorhandensein von Konflikten bestritten und ihr Austragen unterbunden wird, weil die Existenz von "antagonistischen Widersprüchen" angeblich nur die Klassengesellschaften, nicht aber den "Sozialismus" auszeichnen würde.

Eine pluralistisch organisierte Gesellschaft fördert die Aktivität der Bürger, indem sie ihnen die Freiheit der Wahl zwischen verschiedenen Wegen der Selbstverwirklichung, zwischen verschiedenen Weltanschauungen und Organisationsformen gewährt, während eine monistische Gesellschaft dadurch, daß sie ihren Bürgern die Formen und Ziele ihrer Aktivitäten vorschreibt, eine einzige,

"wissenschaftliche" Weltanschauung als allgemein verbindlich dekretiert und die gesellschaftlichen Gruppen gleichschaltet, die Initiative der Bürger erstickt und die Gesellschaft paralyisiert. Lehrreich ist in diesem Zusammenhang die in jüngsten Äußerungen M. Gorbatschows anklingende Überzeugung Röpkes (1948, S. 14), daß die Menschen nicht nur von ihren Klasseninteressen bestimmt werden, "sondern ebenso sehr durch allgemeine und elementare Wertvorstellungen und Gefühle, die sie jenseits aller Klassen- und Interessenentscheidungen vereinen, die überhaupt erst Gesellschaft und Staat möglich machen".

Der Pluralismus ist in Polen erst in den achtziger Jahren zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion geworden. Eng mit ihm verbunden ist das ordolibérale Rechtsstaatsideal. Was sind die Forderungen nach mehr Rechtssicherheit und Klarheit der Gesetze, nach Kontrolle administrativer Entscheidungen durch Verwaltungsgerichte und nach Einrichtung eines Verfassungstribunals, die derzeit in Polen erhoben und teilweise schon in die Praxis umgesetzt worden sind, anderes als ur-ordolibérale Anliegen? Dies alles sind in der Bundesrepublik Deutschland anerkannte Werte und Institutionen, wenn in der Praxis auch nicht immer ordoliberalen Vorstellungen gefolgt wird. Das gilt etwa für den Einfluß der Exekutive auf die Legislative und Judikative, der möglichst gering bleiben soll. Die wichtigste Aufgabe der Exekutive besteht nach Auffassung Franz Böhms darin, den Gesetzen Geltung zu verschaffen (vgl. Böhm, 1959, S. 54). Das nun ist unter den heutigen, modernen und post-modernen gesellschaftspolitischen Verhältnissen

ein schwieriges Unterfangen, da sich die Aufgaben der Regierung ständig mehren, die Techniken und Möglichkeiten der Machtausübung sich laufend verändern und die Mittel zur Kontrolle der Macht sich schnell "abnutzen". Auch ist ja nicht zu übersehen, daß sich in der Gesellschaft, etwa in der Wirtschaft und in den Medien, ganz zu schweigen von den Verbänden, Machtstrukturen ausbilden können, die eine "Freiheitsordnung in eine unehrliche Feudalordnung zu verfälschen" (Böhm, 1959, S. 56) in der Lage sind, wenn der Staat nicht regulierend eingreift.

Böhm macht die politische Autorität des Staates von seiner Selbstbeschränkung auf Rechtsetzung und Rechtsprechung abhängig, wobei er fordert, daß der Staat sich den Individuen und den gesellschaftlichen Verbänden gegenüber "absolut neutral" verhalten soll (vgl. Böhm, 1960, S. 105). Diese Erwartungen sind unter den heutigen Bedingungen zwar einigermaßen unrealistisch, aber daß ein starker, neutraler und effizienter Staat, der als Schiedsrichter zwischen streitenden Gruppen auftritt, seine Unabhängigkeit von den Interessenten bewahren und sich als Repräsentant der Allgemeinheit verstehen muß (vgl. Röpke, 1948, S. 310), ist als Leitidee keineswegs abwegig.

Wie gesagt, wichtige Bestandteile der ordoliberalen Auffassungen spielen heute in der Reformdiskussion in den sozialistischen Staaten eine nicht zu übersehende Rolle. Leider haben die Reformer bislang noch keine Ahnung von dem Fundus, über den sie in Gestalt der ordoliberalen Theorien verfügen. Dort ist in bisweilen geradezu prophetischer Weise alles Nötige über die Analyse und

Therapie sozialistischer Gesellschaften gesagt worden. Woran vor allem leiden sie? An der Lähmung durch eine wuchernde, nicht mehr zu kontrollierende Bürokratie, durch eine unübersehbare Gesetzesfülle und der Willkür Tor und Tür öffnenden Ausführungsbestimmungen, durch die ungleiche Behandlung von staatlichen und privaten Unternehmen. Was brauchen sie? Die Achtung der Gesetze muß zu einem beide Seiten des Gesellschaftsvertrags verpflichtenden Prinzip werden. Erst wenn die Bürger als mündige Partner und nicht als potentielle Kriminelle behandelt werden, erst wenn der Staat einsieht, daß durch den Wohlstand seiner Bürger auch sein eigenes Ansehen in der Welt und sein Reichtum wachsen, wird auch die Wirtschaft gedeihen und das Vertrauen in die Reformpolitik steigen.

Nachgerade ein Idealzustand, von dem wir noch nicht einmal zu träumen wagen, wäre es, wenn die gesellschaftspolitischen Entscheidungen im demokratischen Wettstreit fallen würden. Der Konflikt von miteinander konkurrierenden Meinungen über das *bonum commune*, der öffentlich ausgetragen wird, trägt zur Aufrechterhaltung des sozialen Gleichgewichts bei und führt zu gesellschaftlicher Effizienz. Voraussetzung dafür aber ist die Offenheit gegenüber verschiedenen Wertsystemen, die Freiheit der Gruppenbildung und der Konsens darüber, daß trotz der vorhandenen Interessenkonflikte in der Gesellschaft der Wille zur Einigkeit dominiert und die Interessen der einzelnen Gruppen einem "Gesamtwillen" untergeordnet werden. L. Erhard und A. Müller-Armack (1972, S. 101) nannten als Bedingung und Einschränkung

des Pluralismus, daß die koexistierenden verschiedenen Wertsysteme und Gruppierungen mit der Rechtsordnung des Staates und mit seiner Verfassung zu vereinbaren seien. Mit anderen Worten: Nur auf dem Boden eines fundamentalen Konsens wirkt sich der notwendige und wünschenswerte Konflikt nicht destruktiv aus. Dazu gehört auch der "ungeschriebene, parakonstitutionelle Einfluß der Sondergruppen", also etwa der Gewerkschaften, der Bauernverbände und kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen. In den Worten von Röpke: "Das Kapitol wird umlagert von pressure groups, lobbyists und veto groups. Erst aus diesem Spiel von verfassungsmäßigen Institutionen und parakonstitutioneller Wirtschafts- und Sozialmacht ergibt sich die Struktur des modernen Staates" (Röpke, 1966, S. 206).

Die Ordoliberalen haben, wie mir scheint, zu Recht darauf hingewiesen, daß der heutige Staat unter dem Einfluß von Interessengruppen zu einem interventionistischen Wohlfahrtsstaat zu verkommen droht. Sie haben auch schon gewußt, daß die Krisenhaftigkeit der Gesellschaft ihre Ursache nicht allein in der Wirtschaft hat, nicht nur konjunkturell oder strukturell bedingt ist, sondern vor allem im Menschen selbst begründet liegt. Es handelt sich dabei, wie wir heute sagen, um Identitätskrisen. Röpkes und Rüstows Mahnung, den Menschen nicht eindimensional, lediglich als homo oeconomicus zu sehen, sondern als ein Wesen, das auch außerökonomische, also kulturelle, religiöse und politische Bedürfnisse hat, sollte - so selbstverständlich es auch klingt - ein Wegweiser für politisches Handeln sein. Infolge der zunehmenden Arbeitsteilung

und Spezialisierung vertieft sich nämlich die Diskrepanz zwischen dem wachsenden materiellen Wohlstand einerseits und den Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung des Individuums andererseits. Um das zu sehen, bedarf es keines Jürgen Habermas (1973; 1976), der daraus für alle Utopiegläubigen eine neomarxistische Krisentheorie mit kommunistischem happy-end konstruiert hat.

Das von den Ordoliberalen gefürchtete Gespenst des Kollektivismus ist nicht nur die Geißel des Sozialismus, es spukt auch im Kapitalismus: Infolge einer umfassenden Fürsorge des Staates und der dadurch erzwungenen Überbürokratisierung, infolge der Einzwängung des einzelnen ins Getriebe von Institutionen bleibt den Menschen unter den Bedingungen eines ständig weiter eingeeengten Pluralismus gar nichts anderes übrig, als sich sowohl dem Staat als auch den gesellschaftlichen Organisationen unterzuordnen. Alles andere ist Donquichoterie. Wir kennen die Ohnmacht des einzelnen, seine Verweilung zur Genüge. Wir haben es am eigenen Leibe erlebt und erleben es noch. Es ist frustrierend und demoralisierend. Gerade deshalb leuchtet uns ein, daß die ordolibérale Forderung nach Dezentralisation, Dekonzentration und Entmonopolisierung angesichts der hohen Konzentration der Macht im Staat und in der Wirtschaft ein universales politisches Gebot ist. Dies bezieht sich sowohl auf die Staats- als auch auf die Unternehmensstruktur. Die Dekonzentration von Großunternehmen, die Entflechtung von Monopolen kann verhindern, daß sie schmarotzerhaft auf Kosten der Gesellschaft leben. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihre Mitverantwortung in den Betrieben,

zum Beispiel durch neue Formen der Kapitalbeteiligung, könnten dem gleichen Ziele dienen. Eine weiterhin aktuelle Forderung der Ordoliberalen ist, wo immer möglich, der Konkurrenz Geltung zu verschaffen, konkret also kleinere und mittlere Betriebe als Gegengewicht zu Großunternehmen zu fördern und die Eigeninitiative der Bürger, ihre Selbständigkeit zu unterstützen; all das sind Aufgaben, die nur von einem starken Staat geleistet werden können. Ungeachtet der strukturellen und nationalspezifischen Probleme bleibt Röpkes Idee eines starken Staates und einer pluralistisch organisierten Gesellschaft sowie deren Aufeinanderbezogenheit und Wechselspiel, unter Einschluß einer legalen, zur Ablösung der Regierung bereiten Opposition, ein nachahmenswertes Leitbild - auch und besonders für nichtkapitalistische Länder. Dafür gibt es gerade in Polen viele Anzeichen.

Wir haben uns hier auf einige wenige, dafür aber aktuelle Ideen aus dem Gedankengut des Ordoliberalismus beschränkt und ihre universale Bedeutung, unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsordnung, zu verdeutlichen versucht. Dogmatiker mögen gegen die in dieser Darstellung mitklingende Kritik der bürokratisch-zentralistischen Kommandowirtschaft und der monistischen Gesellschaft einwenden, ich würde den "Kapitalismus" verherrlichen. Sie sagen bereits: die Wirtschaftsreformen in Polen und Ungarn würden geradewegs auf eine Restaurierung des "Kapitalismus" in Osteuropa hinauslaufen. Ich aber frage zurück: Wie lange sollen wir noch einer Utopie anhängen und uns von einem Phantom Angst einjagen lassen? Es ist höchste Zeit, den Tatsachen Rech-

nung zu tragen und den Menschen, wie er ist, zu respektieren. Wenn wir das wollen, dann ist der Ordoliberalismus für uns kein schlechter Ratgeber. Er ist eine Alternative sowohl zu sozialistischen Heilslehren wie zu kapitalistischer Theorielosigkeit. Westeuropa hat Grund, auf ihn stolz zu sein. Es hat mehr und besseres zu bieten, als es den Anschein hat - nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit, sondern auch die ihnen gemäße Theorie: den Ordoliberalismus.

Literatur

- Biedenkopf, Kurt, und andere, Franz Böhm: *Beiträge zu Leben und Wirken*, Melle und St. Augustin 1980.
- Biedenkopf, Kurt, *Die neue Sicht der Dinge: Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung*, München und Zürich 1985.
- Blum, Reinhard, *Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*, Tübingen 1969.
- Böhm, Franz, "Die vier Säulen der Freiheit", in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.), *Was muß die freie Welt tun?*, Ludwigsburg 1959.
- Böhm, Franz, "Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat", in: Ders., *Reden und Schriften*, Karlsruhe 1960, S. 82-150.
- Erhard, Ludwig, und Alfred Müller-Armack, *Soziale Marktwirtschaft - Ordnung der Zukunft*, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1972.
- Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern und Tübingen 1952.
- Habermas, Jürgen, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973.
- Habermas, Jürgen, "Legitimationsprobleme im modernen Staat", in: Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme*, Opladen 1976, S. 39-61.
- Kuehnelt-Leddihn, Erik von, "Mentor der Freiheit", *Rheinischer Merkur* vom 1. 2. 1963.

- Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Wilhelm Röpke: *Beiträge zu seinem Leben und Werk*, Stuttgart und New York 1980.
- Napp-Zinn, Anton Felix, "Interventionismus und Soziale Marktwirtschaft", in: Norbert Kloten und andere (Hrsg.), *Systeme und Methoden in den Wirtschaft- und Sozialwissenschaften*, Tübingen 1964, S. 587-606.
- Röpke, Wilhelm, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Erlenbach-Zürich 1948.
- Röpke, Wilhelm, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 4. Aufl. Erlenbach-Zürch und Stuttgart 1966.
- Röpke, Wilhelm, *Civitas humana: Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, 4. Aufl. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1979.
- Rüstow, Alexander, "Zwischen Kapitalismus und Kommunismus", *ORDO*, Bd. 2 (1949), S. 100-169.
- Rüstow, Alexander, *Ortsbestimmung der Gegenwart*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1950.
- Rüstow, Alexander, "Vitalpolitik gegen Vermassung", in: A. Hunold (Hrsg.), *Masse und Demokratie*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957, S. 215-238.
- Schäfer, Gerhard, *Wie man die Marktwirtschaft retten kann*, Stuttgart 1976.
- Schwarz, Hans-Peter, *Vom Reich zur Bundesrepublik: Deutschland um Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1980.

Wagner, H. Die Doppelgesellschaft: *Systemwandel in Polen*, Berlin
1981.